

Protokoll der siebten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 12.04.2011

Anwesend: Herr Körber (Vorsitzender/Stadtjugendring), Frau Lüders (CDU),
Frau Silber-Bonz (FDP), Herr Kourkoulos (SPD), Frau Klaus (Schulen),
Frau Schulenburg (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), Frau Staszik (Stadtjugendring),
Herr Misch (Jugendverbände), Frau Kürbis (JSR)

entschuldigt: Frau Janke-Schmidt, Herr Falk

Verwaltung: Herr Quiter, Herr Liedtke, Herr Kernenbach, Herr Engels (Protokoll)

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Niklas Körber, begrüßte die Anwesenden.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

TOP 3: Protokoll der sechsten Sitzung vom 14.02.2011

Die Protokolle der sechsten Sitzung des Unterausschusses wurden ohne Einwände und Nachfragen angenommen.

TOP 4: Profil und künftige Gestaltung des Jugendzentrums

Herr Liedtke verwies auf den Wunsch von Mitgliedern des Unterausschusses, die als Vertreter der freien Träger nicht an der Präsentation der Machbarkeitsstudie für die Fraktionen teilgenommen hatten, dieses Thema zu diskutieren, u.a. auch als Vorbereitung auf die gemeinsame Sitzung von JHA und Gebäudeausschuss am 17.5. 2011.

Herr Kernenbach stellte die Machbarkeitsstudie vor. Einleitend erinnerte er an die Brandschau im Dezember 2007, bei der festgestellt wurde, dass weite Teile des Gebäudes die Brandschutzvorschriften nicht erfüllen. Dies habe zu erheblichen Einschränkungen in der Nutzung geführt (Schließung Malschule, keine Nutzung der Freiflächen im EG und 1. Etage, Wegfall von Angeboten und Großveranstaltungen etc.). Trotz dieser Einschränkung ist es durch Umsetzung der notwendigsten baulichen und organisatorischen Maßnahmen gelungen, ein Grundangebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit fortzuführen. Gleichzeitig wurden jedoch Überlegungen zur Wiederherstellung der vollen Nutzbarkeit angestellt, zeitweise unter Einbeziehung weiterer möglicher Nutzungen, z.B. von Büros der Jugendberufshilfe.

2010 wurde durch das Gebäudemanagement eine Machbarkeitsstudie mit drei Varianten in Auftrag gegeben:

- 1) Renovierung und Ertüchtigung im Bestand
- 2) Abriss und Neubau auf den Grundmauern an gleicher Stelle
- 3) Neubau auf der grünen Wiese

Basis dieser Machbarkeitsstudie war eine Raumbedarfsplanung. Hierzu wurden alle Beteiligten und Nutzer des jetzigen Gebäudes um Angabe des benötigten Raumbedarfs gebeten und dieser auf Synergieeffekte geprüft, z.B. die gemeinsame Nutzung von Besprechungsräumen.

Anhand der verteilten Kopie der Machbarkeitsstudie stellte er Einzelheiten vor. Die Räume über der DKSB-Geschäftsstelle (Büro Herr Engels und Seminarräume sowie die Malschulräume unterm Dach) seien auf Wunsch von FB 9 und in Abstimmung mit FB 5 nicht Teil der Machbarkeitsstudie, da es sich wegen des hier zu erwartenden Umfangs um eine eigene Baumaßnahme handele.

Er verwies auf die Risiken des ersten Vorschlags in Bezug auf noch nicht bekannte Altlasten und andere Unwägbarkeiten einer Altbausanierung sowie auf die Umsetzung von Synergieeffekten beim Raumkonzept der Neubauten. Ebenso verwies er auf die benötigten Lagerflächen für Material und Inventar z.B. Kanus, Zelte und Inventar der Kinderstadt. Die in der Machbarkeitsstudie benannten Kosten seien nur ein grober Kostenrahmen und keine Kostenschätzung, die eine genauere Planung erfordere.

Der Verein habe den Auftrag erhalten, eine Finanzierung durch Drittmittel zu prüfen. Diese sei grundsätzlich möglich, doch benötige ein solcher Antrag z.B. bei „Aktion Mensch“ eine politische Entscheidung für den Bau sowie einen validen Kosten- und Finanzierungsplan. Mittel aus dem Konjunkturpaket II stehen nicht zur Verfügung.

Er verwies darauf, dass nun eine Entscheidung gefällt werden müsse, in welche Richtung weiter geplant werden solle.

Herr Misch und Herr Kourkoulos bemängelten, dass es sich bei der Studie um eine reine Fortschreibung der bisherigen Arbeit handle und eine vorausgehende Sozialraumanalyse sowie eine Diskussion über den Standort und eine mögliche Weiterentwicklung der offenen Arbeit fehlen, die sich z.B. aus der Änderung der Bildungslandschaft und der Lebenswelten der Jugendlichen, insbesondere deren verändertes Freizeitverhalten ergebe. Außerdem enthalte die Planung Räume für Bereiche, die nicht zur klassischen offenen Jugendarbeit gehörten, z.B. für Partizipation oder die Büros des Stadtjugendrings. Auch Herr Körber regte an, zu prüfen, ob Räume für zentrale Aufgaben nicht besser von einer offenen Einrichtung getrennt und an anderer Stelle untergebracht werden können. Frau Silber-Bonz forderte, bei den Überlegungen eine multifunktionale Nutzung unter Einschluss von VHS und Kulturbereich mit zu bedenken. Frau Kürbis fragte nach den Auswirkungen der geplanten Jugendbereiche und der Bühne im Bürgerforum im Urbanen Zentrum. Frau Lüders verwies auf den nicht in die Machbarkeitsstudie einbezogenen Altbau des Jugendzentrums, der in die Gesamtüberlegungen mit einbezogen werden müsse.

Herr Quiter und Herr Liedtke verwiesen auf den bestehenden, mehrmals bestätigten Förderplan, in dem eine flächendeckende, Sozialraum orientierte, offene Jugendarbeit mit bestehenden Standorten und Einzugsgebieten festgeschrieben sei. Der Standort des Jugendzentrums sei ein Kompromiss, der eine bestehende Einrichtung nutze, um die Sozialräume im Umkreis mit abzudecken. Die gestellten Fragen müssten aber tatsächlich nochmals überdacht werden. Auch einige technische Fragen, z.B. die Entkoppelung der Heizung zwischen Jugendzentrum und Mehrzweckhalle, seien noch nicht geklärt. Dies sei aber auch nicht Auftrag der Machbarkeitsstudie gewesen. Im Unterausschuss müsse heute überlegt werden, welche der Variante bevorzugt werden solle oder welche ganz neue Gedanken bedacht werden müssten, und hierzu eine entsprechende Empfehlung für den JHA erstellt werden.

Herr Kernenbach warnte davor, auf eine kommerzielle Lösung im neuen Zentrum zu setzen und verwies auf die Erfahrungen z.B. in Einkaufszentren in Köln und Oberhausen. Weiterhin erklärte er, die genannten weitergehenden Überlegungen seien durchaus schon fachlich diskutiert worden, z.B. die Frage der Nutzung für Kulturveranstaltungen oder eine Mehrgenerationennutzung. Es sei jedoch nicht Aufgabe gewesen, diese Überlegungen in der Machbarkeitsstudie abzubilden, sondern dies sei eine weitergehende Diskussion, die geführt werden müsse. Hierfür sei jedoch nicht viel Zeit. Er verwies auf die Gefahr, dass bei einer weiteren erheblichen Verzögerung der Entscheidung die bisherige Tolerierung als Übergangssituation durch die Brandaufsicht wegfallen könne.

Heinrich Quiter bestätigte diese Auffassung. Wenn keine Entscheidung gefällt werde, müsse mit der Bauaufsicht über die weitere Nutzung des Gebäudes nachverhandelt werden. Der jetzige Zustand sei nur begrenzt haltbar. Es müsse überlegt werden, ob man sich im Vorfeld der gemeinsamen Ausschusssitzung auf eine Lösung einigen könne oder ob man die bestehende, eingeschränkte Arbeit nur absichern wolle und gleichzeitig alternative Büroräume suchen und eine Zukunftswerkstatt zur offenen Arbeit machen wolle.

Herr Kourkuolos erklärte, er sehe sich nicht in der Lage, so kurzfristig eine Entscheidung zu treffen. Er verwies auf die Möglichkeit einer Übergangslösung, die bei einem Neubau sowieso eingerichtet werden müsse. Eine Entscheidung könne also unter Einbeziehung aller genannten Aspekte in Ruhe diskutiert und gefasst werden.

Frau Silber-Bonz gab zu bedenken, dass die zu treffende Entscheidung nicht definitiv, sondern nur eine Richtungsentscheidung sei. Die weitere Planung und die Prüfung der Finanzierung können aber erst nach dieser Richtungsentscheidung beginnen.

Frau Lüders sprach sich für den Erhalt des Standortes und für die Umsetzung der Variante 2 aus, ebenso Frau Silber-Bonz, die vor den Risiken einer Altbausanierung warnte. Auch Herr Körber schloss die Sanierung als Option aus, da die bestehende Raumaufteilung ungünstig sei. Die Variante 2 wurde ebenfalls von Herr Kernenbach und Herr Liedtke bevorzugt. Herr Liedtke schlug vor, die Diskussion über die weitergehenden Fragen auf Basis einer Entscheidung über einen Neubau an dem im Jugendförderplan festgeschriebenen bisherigen Standort zu führen.

Herr Quiter verwies darauf, dass das Gebäudemanagement von der gemeinsamen Sitzung eine Entscheidung für eine der Varianten erwarte, um eine Vergabe für die Vorplanung ausschreiben zu können. Er stellte fest, dass es keine gemeinsame Empfehlung des Unterausschusses gebe und die Meinungsfindung der gemeinsamen Sitzung überlassen werden müsse. In der Vorlage zu dieser Sitzung sollen die heute genannten Aspekte zusammengefasst werden.

TOP 5: weiterer Arbeitsplan des Unterausschusses

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen der fortgeschrittenen Uhrzeit auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 6: Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

- Partizipation: Jugendfreundliche urbane Mitte

Herr Engels berichtete, dass je drei Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments sowie des Jugendstadtrats in der heutigen Sitzung der Lenkungsgruppe zur neuen urbanen Mitte die Gelegenheit hatten, die gesammelten Ideen und Anregungen der Kinder und Jugendlichen zu diesem Thema den Vertretern von Rat, Stadtspitze, Planungsbüros und der Firma Huma persönlich vorzustellen. Die Anregung hierzu war in der JHA-Sitzung am 23.02.2011 gegeben worden.

- Partizipation: 20 Jahre KiJuPa

Das Kinder- und Jugendparlament feiert 2011 sein 20jähriges Bestehen. In einer Arbeitsgruppe wurden Vorschläge für ein Kinderfest im Sommer erarbeitet, das mit Unterstützung des Jugendstadtrates durchgeführt werden soll, sowie für eine Jubiläumssitzung des Kinder- und Jugendparlaments (40. Sitzung) am 17.11.2011. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden in der Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments am 14.04.2011 vorgestellt.

- Partizipation: Prädikat Kinderfreundlich 2011

Das Prädikat Kinderfreundlich wird im Auftrag des JHA alle zwei Jahre vom Kinder- und Jugendparlament an Personen, Vereine, Institutionen oder Initiativen vergeben, die sich besonders für Kinder einsetzen. Da im letzten Jahr keine geeigneten Vorschläge eingegangen sind, soll die Aktion 2011 vor allem mit verbesserter Werbung an den Schulen wiederholt werden. Der Zeitplan hierzu wird ebenfalls in der Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments am 14.04.2011 vorgestellt.

- Offene Jugendarbeit / Jugendschutz: Weiberfastnachtsparty

Herr Körber berichtete von der erfolgreichen Durchführung der diesjährigen Weiberfastnachtsparty. Das überarbeitete Sicherheitskonzept habe sich bewährt, alle Beteiligten waren mit dem Ablauf zufrieden. Es habe insgesamt 30 Einsätze der Malteser gegeben, davon aber 20 Fälle, bei denen hilflose Jugendliche direkt aus der Bahn heraus aufgegriffen werden mussten. Nur 10 Personen mussten auf dem Veranstaltungsplatz in Obhut genommen werden. In JHA wird nochmals über die Veranstaltung informiert.

- Jugendberufshilfe

Herr Quiter berichtete, dass der Kooperationsvertrag mit dem Jobcenter unterschrieben wurde. Im Zuge dessen sei die Stundenzahl bei einer Mitarbeiterin der Jugendberufshilfe um 16 Stunden pro Woche erhöht worden.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Liedtke verwies darauf, dass für die Sitzung zum Thema „Jugendverbandsarbeit“ am 12.07.2011 ein Jugendreferent der evgl. Kirche sowie Ingo Junker als Vertreter für die Pfadfindergruppen für einen Input gewonnen werden konnten, um das Problem überörtlich zu beleuchten sowie über Lösungsbeispiele zu berichten.

Herr Körber und Herr Misch erklärten sich bereit, einen ergänzenden Input aus Sicht der Sankt Augustiner Jugendgruppen vorzubereiten.

Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Niklas Körber, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für deren Mitarbeit und schloss die Sitzung um 21.10 Uhr.

.....
Klaus Engels
Protokollführer

.....
Niklas Körber
Vorsitzende des Unterausschusses

Gesehen:

.....
Marcus Lübken
Beigeordneter